Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 49 (1969-1970)

Heft: 1: Neutralität : aktiver? : Aktionsmöglichkeiten des neutralen Kleinstaates

Artikel: Jugoslawien : die Politik des "Nonalignment" und ihr Beitrag für Frieden und Fortschritt

Autor: Mates, Leo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162247

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jugoslawien

Die Politik des «Nonalignment» und ihr Beitrag für Frieden und Fortschritt

LEO MATES

Konflikt mit beiden Seiten: der Ursprung des jugoslawischen «Nonalignment»

Ehe wir die Bedeutung der Politik des «Nonalignment» an sich oder die von Jugoslawien befolgte Politik der Nichtverpflichtung im besonderen besprechen, gilt es, einen kurzen Blick auf Ursprung und Inhalt dieser Politik zu werfen. Jugoslawien formulierte seine aussenpolitischen Richtlinien unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals zielte seine Aussenpolitik vor allem auf die Veränderung einiger Abschnitte der Grenzen des Landes, wie sie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges festgelegt worden waren. Ein Hauptproblem in diesem Zusammenhang bildete dabei der *Verlauf der jugoslawisch-italienischen Grenze.* Nach 1945 bildete diese Frage das weitaus wichtigste Anliegen der von der ersten Nachkriegsregierung geführten Aussenpolitik. Bezeichnenderweise traf Jugoslawien mit seinen Ansprüchen nur bei der Sowjetunion auf Verständnis. Diese Tatsache führte ohne Zweifel zu einer Vertiefung der Beziehungen zur russischen Weltmacht. Wegen des sozialistischen Charakters der zur Kriegszeit in Jugoslawien durchgeführten Revolution bestanden ohnehin schon sehr enge Bande zwischen den beiden Staaten. Die Spannungen, die sich im Zusammenhang mit der Diskussion des Vertrages mit Italien und infolge der Zwischenfälle in und um Triest entwickelten, trugen in hohem Masse dazu bei, dass sich die bis anhin freundlichen *Beziehungen zu den westlichen Alliierten verschlechterten.* Folglich führten die Lehren, die Jugoslawien aus seinen Beziehungen mit dem Westen und dem Osten zog, zusammen mit der Affinität der politischen Systeme, zu einer ausgeprägten Ostorientierung seiner Aussenpolitik.

Eine genaue Überprüfung des politischen Geschehens im genannten Zeitraum würde zeigen, dass das Verhalten Jugoslawiens nicht als das Ergebnis eines ihm von aussen aufgezwungenen Willens gesehen werden kann. Vielmehr beschritt dieses Land in seinen zwischenstaatlichen Beziehungen einen nach eigenem Ermessen festgelegten Weg. Es orientierte seine Aussenpolitik ausschliesslich am selbständig entwickelten Verständnis seiner wesentlichen Interessen. Ereignisse aus späterer Zeit, ganz besonders der im Jahr 1948 erfolgte Bruch mit der Sowjetunion, beweisen zur Genüge den unabhängigen Charakter der nichtverpflichteten Politik Jugoslawiens in den Jahren 1945 bis 1947.

Im März 1948 setzte ein scharfer *Konflikt mit der Sowjetunion* ein – und gleichzeitig verschlechterten sich auch die Beziehungen Jugoslawiens zum Westen. Die drei westlichen Grossmächte, nämlich die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich, veröffentlichten damals ihre Londoner Erklärung, worin sie die Ansicht vertraten, dass die Stadt Triest mitsamt ihrer näheren Umgebung Italien zugeteilt werden solle. Diese neue Krise war erst ausgebrochen, nachdem alle Versuche, die mit Italien vereinbarten Vertragsbedingungen in die Tat umzusetzen und einen Gouverneur für das Freie Territorium von Triest zu ernennen, gescheitert waren.

Folglich sah sich Jugoslawien im März 1948 mit beiden Lagern des Kalten Kriegs in einen Konflikt verwickelt. Das Land zog es vor, beiden Seiten gegenüber fest auf seinem Standpunkt zu beharren; es nahm lieber eine vorübergehende politische Isolierung in Kauf, als dass es sein Recht auf einen eigenen Weg der inneren Entwicklung oder seine territorialen Ansprüche gegenüber Italien preisgegeben hätte. Für die folgenden Jahre und Jahrzehnte war damit der Gang der Aussenpolitik des Landes festgelegt.

Ausbruch aus der Isolierung

In den frühen fünfziger Jahren nahm Jugoslawien engere Verbindung mit anderen nichtverpflichteten Staaten auf. Es bedeutete dies das Ende der politischen Vereinsamung, in der sich das Land seit dem Ausbruch des doppelten Konfliktes von 1948 befunden hatte.

Wie aus einem Blick auf die Geschichte der Jahre 1945 bis 1948 klar hervorgeht, hatte Jugoslawien seine Politik des «Nonalignment» nicht etwa im Bemühen entwickelt, möglichst beiseitezustehen und nicht in einen Konflikt zwischen den zwei gegnerischen Seiten im Spannungsfeld der internationalen Beziehungen hineingezogen zu werden. Vielmehr stellte seine Politik der Nichtverpflichtung zunächst einfach das Ergebnis des Konflikts mit beiden Seiten dar. Nicht etwa Neutralität oder Neutralismus bildeten die Voraussetzungen für sein aussenpolitisches Verhalten – diesem lag vielmehr der Wunsch zugrunde, Ziele von nationaler Bedeutung zu verwirklichen, und zwar ungeachtet der von den beiden Machtblöcken jeweils befolgten Politik. Von allem Anfang an handelte es sich dabei um eine aktive Aussenpolitik. Gewiss strebte diese Politik danach, Spannungen beizulegen. Sie ging aber nicht darauf aus, einem Konflikt um jeden Preis auszuweichen, besonders dann nicht, wenn er sich nur noch hätte vermeiden lassen, indem übergeordnete Werte oder Anliegen, die für das Land von lebenswichtigem Interesse erschienen, preisgegeben worden wären.

Diese Stellungnahme brachte dem Land grosses Ungemach und beanspruchte das Durchhaltevermögen seines Volkes aufs höchste. Überdies

handelte es sich um ein defensives Verhalten; es sollte damit verhindert werden, dass sich ähnliche schwierige Situationen künftig wiederholten. Dies liess sich freilich nur erwarten, wenn sich die internationalen Beziehungen auf eine Weise entwickelten, welche ein friedfertiges Verhalten der Staaten untereinander herbeiführte und förderte.

Eine aktive Teilnahme am politischen Geschehen in der weiten Welt lag damit im Interesse der Erhaltung der staatlichen Unabhängigkeit Jugoslawiens. Stets fühlte sich dieses Land dazu gedrängt, tatkräftig bei der Lösung der meisten wichtigen weltpolitischen Probleme mitzuwirken und zur Beilegung gefährlicher Streitfragen beizutragen. Sein Verhalten gründete auf dem eingangs kurz umrissenen Verständnis der ureigenen Interessen des Landes. Dies führte im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte verschiedentlich dazu, dass sich die Beziehungen Jugoslawiens zur einen oder andern der Grossmächte verschlechterten.

Da Jugoslawien eine ausgesprochen aktive Aussenpolitik befolgte, konnte es jeweils nicht in allen Fällen eine versöhnende oder vermittelnde Rolle spielen. Die Politik des «Nonalignment» bedeutete, dass dieses Land sich nicht an die Interessen eines der grossen Machtblöcke gebunden fühlte; sie schloss aber nicht aus, dass es sich für begründete Wünsche und Anliegen einzelner Staaten einsetzte. In vielen Fällen unterstützte Jugoslawien die *gerechte Sache* anderer Länder oder *Befreiungsbewegungen* und stand ihnen bei, soweit es dazu in der Lage war. In Übereinstimmung mit der von den übrigen nichtverpflichteten Ländern vertretenen Ansicht glaubte auch Jugoslawien, dass sich eine Streitfrage nicht ohne gebührende Rücksicht auf die von allen beteiligten Seiten vorgebrachten Gesichtspunkte beilegen lasse.

Im grossen und ganzen kann diese Einstellung Jugoslawiens als repräsentativ für das von den andern nichtverpflichteten Ländern beobachtete Verhalten gelten. Die Fähigkeit dieser Staaten, einen Beitrag zum Weltfrieden zu leisten, lässt sich aufgrund der oben dargelegten Richtlinien beurteilen. Selbstverständlich wird sie sich von Land zu Land verschieden äussern. Ja, das gleiche Land wird sich in seinem Auftreten auf der internationalen Bühne nicht einmal immer streng an irgendeine Definition seiner Aussenpolitik halten. Der Antwort auf die Frage nach dem Beitrag für Frieden und Fortschritt in der Welt kommt daher keine endgültige Bedeutung zu. Sie muss vielmehr ein Versuch bleiben. Auch lässt sie sich für den einzelnen Fall jeweils nur annäherungsweise anwenden.

Eine nicht streng neutrale, sondern im Hinblick auf die grossen Probleme und Konflikte in der Welt verpflichtete Haltung ruft nach einem aktiven politischen Verhalten. Dies kann unter Umständen recht grossen Einfluss auf den Gang des Geschehens haben. Aber es führt mitunter auch zu Fehlurteilen und verzerrten Ansichten, da die betreffenden Staaten unvermeidlich auch ihre eigenen, enger umgrenzten nationalen Anliegen in Rechnung

stellen. Daher fällt es schwer, ein ganz allgemein und überall gültiges Werturteil über den Einfluss der Politik der nichtverpflichteten Länder auf den Gang des Weltgeschehens auszusprechen. Die Antwort wird nicht nur von Fall zu Fall verschieden lauten; selbst angesichts ein und desselben Sachverhaltes wird sie, je nach Vorurteilen und Wertmassstäben des Betrachters, immer wieder anders ausfallen.

Der dreifache Beitrag des «Nonalignment» für Friede und Fortschritt

Es drängt sich daher auf, einige allgemeine Anliegen und Zielsetzungen der Politik des «Nonalignment» festzuhalten und dementsprechend die Auswirkungen dieser von den nichtverpflichteten Ländern praktizierten Politik zu beurteilen. Gesamthaft lässt sich feststellen, dass dieser aussenpolitische Kurs von allem Anfang an bis heute die Verwirklichung der folgenden drei Hauptanliegen anstrebte:

— Abbau der Spannungen und Ersetzung des bipolar-antagonistischen Schemas der internationalen Beziehungen durch ein *System weltweiter Zusammenarbeit*; zu diesem Anliegen gehört auch eine allgemeine Rüstungsbeschränkung;
— Abschluss der *Entkolonialisierung* der ganzen Welt, Respektierung der Gleichheit aller Nationen, Verzicht auf jede Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten und auf Anwendung von Gewalt in internationalen Beziehungen ganz allgemein;
— internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel, die heute noch bestehenden *Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand* der einzelnen Staaten zu überwinden und Voraussetzungen für alle fruchtbaren Wirtschaftsbeziehungen in der ganzen Welt zu schaffen.

Unter der Voraussetzung, dass diese übergeordneten Anliegen und Ziele allgemeine Annahme finden, lässt sich in der Politik der nichtverpflichteten Länder ein Beitrag für Frieden und Fortschritt sehen.

Letztlich wird die Wirksamkeit dieser Politik aber von der Fähigkeit der genannten Staaten abhängen, ihre Absichten durchzusetzen und dementsprechend auf den Gang der Ereignisse in der Welt einzuwirken. Allerdings vermögen die nichtverpflichteten Staaten weder überwältigende materielle Macht noch besondere technische Fertigkeiten in die Waagschale zu werfen. Erfolge können sie vor allem durch die *Beeinflussung der öffentlichen Meinung* erreichen. Gemessen an den Kriterien und Massstäben, wie sie noch für die internationalen Beziehungen des 19. Jahrhunderts galten, müsste man diese Länder als politisch machtlos bezeichnen. Selbst heute gehen viele Beobachter über die Rolle der nichtverpflichteten Länder mit der leicht-

fertig geäusserten Bemerkung hinweg, es fehlten ihnen eben die Machtmittel, um ihre politischen Ziele in die Tat umzusetzen.

Immerhin bildeten die internationalen Beziehungen seit dem Ende des Ersten Weltkrieges je länger je mehr Gegenstand der öffentlichen Diskussion, und die öffentliche Meinung beeinflusst in allen Teilen der Welt das Verhalten der Regierungen in stets zunehmendem Masse. Daraus ergeben sich zahlreichere und günstigere Gelegenheiten, um die Politik des «Nonalignment» mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. Die begrenzte Wirksamkeit aller materiellen, besonders der militärischen Machtmittel wurde der Welt erst kürzlich wieder in Vietnam deutlich vor Augen geführt. Somit bildet nicht die materielle Macht die wichtigste Voraussetzung für die Wirksamkeit der nichtverpflichteten Politik; ausschlaggebend bleibt vielmehr die von möglichst vielen Ländern gemeinsam und folgerichtig durchgeführte und auf realistisch festgesetzte Ziele gerichtete Aktion. Nach meinem Ermessen – und es handelt sich hier nur um ein persönliches Werturteil – haben die nichtverpflichteten Länder sehr viel zur Verwirklichung ihrer Ziele tun können, obwohl ihr Einfluss in letzter Zeit etwas zurückgegangen ist.

Neutralität und Aktivität

Einige theoretische Erwägungen

DANIEL FREI

Dieser abschliessende Beitrag möchte nicht etwa herausarbeiten, inwieweit die fünf vorgestellten Konzeptionen über das Verhältnis von «Neutralität» und «Aktivität» voneinander abweichen und was sie gemeinsam haben – das Urteil hierüber darf dem Leser überlassen bleiben. Hingegen soll aus theoretischer Sicht ein Überblick über die verschiedenen Seiten des Problems gegeben werden.

Ganz grundsätzlich betrachtet schliessen sich «Neutralität» und «Aktivität» gegenseitig aus; denn neutrale Politik treiben heisst ja in erster Linie von den Konflikten anderer Abstand nehmen, sich ihnen gegenüber passiv verhalten. Nun pflegen aber alle neutralen Staaten ihre Aktivität oder wenigstens ihren Willen zur Aktivität stets hervorzuheben. In der Schweiz ist die Devise